



Für die „Flora“ heißt es business as usual

Der „gerissene Geduldsfaden“ wird neu verknotet

„Warum werden rechtsfreie linke Biotope wie die Rigaer Straße in Berlin oder die Rote Flora in Hamburg geduldet und permanent gezüchtet?“, Rainer Wendt, DPoIG-Bundesvorsitzender (FAZ, 18. April 2018).

Wenn es eine sportliche Übung gibt, bei der auch Politiker glänzen können, dann ist es ohne Zweifel die Rolle rückwärts. Hamburgs neuer Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hat das gerade eindrucksvoll im Umgang mit der „Flora“ bewiesen. Gegenüber „WELT“ und „Bild“ erklärte er unter anderem: „Ich hoffe, dass sich die Dinge wieder so entwickeln, wie sie vor dem G20-Gipfel waren.“ Was ganz einfach bedeutet, es bleibt wie es ist und seit Jahrzehnten war – die Rotfloristen werden weiter in Ruhe gelassen, dürfen ihr „Kulturzentrum“ als hamburgische kommunale Selbstverwaltung hegen und

pflügen. Das war auch für Bürgermeister Tschentscher eine Kehrtwende, denn vor Wochen hatte er sich gegenüber der „Hamburger Morgenpost“ noch anders geäußert: „Erst wenn die Ermittlungen der Polizei abgeschlossen sind, können wir wissen, was im Zuge von G20 in der ‚Roten Flora‘ passiert ist. Es hat Äußerungen aus der ‚Flora‘ gegeben, die nicht vertretbar sind. Die Haltung ‚Gewalt ist schon okay‘ ist etwas, das wir nicht akzeptieren. Da muss sich etwas ändern.“ Die Änderung besteht nun darin, dass die mehrfach öffentlich geäußerte Position des ehemaligen Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) eingedampft wurde. Scholz hatte nach dem G20-Gipfel von einem „Flora“-Problem gesprochen und angekündigt, das Thema werde sich bis zum nächsten Bürgerchaftswahlkampf im Jahr 2020 erledigt haben. Hat sich

jetzt auch erledigt – Scholz ist Bundesfinanzminister.

► Solange die G20-Gewaltexzesse, die Ausschreitungen gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen, die Zerstörungen sowie Plünderungen ganzer Straßenzüge noch als mediale Dauerschleife präsent waren, ließ die Rhetorik des Bürgermeisters in Richtung „Flora“ an Deutlichkeit nur wenig zu wünschen übrig.

Dem „Hamburger Abendblatt“ sagte Olaf Scholz im August des vergangenen Jahres: „So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Deswegen muss es Veränderungen geben, und zwar eine klare Distanz zur Gewalt. Mein Gefühl ist, dass auch die Bürger des Schanzenviertels das erwarten.“ Auf die Nachfrage, wann sein Geduldsfaden reißt, erklärte Scholz: „Der ist gerissen.“ Wie gesagt,

es waren nur Worte. Praktisches politisches Handeln? Politische Glaubwürdigkeit? Fehlanzeige! Was darüber hinaus ebenso, aber vorhersehbar fehlt, ein Bekenntnis der „Floristen“ zum ausschließlich friedlichen, gewaltfreien Protest. Für die DPoIG Hamburg geht es nach wie vor um die Beantwortung einer einzigen Frage: Warum wird ein links-autonomes „Kulturzentrum“, deren Sprecher öffentlich der Gewalt das Wort reden oder sie relativieren, auch nach den Ausschreitungen während des G20-Gipfels weiterhin vom Staat geduldet und alimentiert? Diese Frage bleibt von der Politik unbeantwortet! Hier setzt der Senat auf die Schnellebigkeit des Alltags, das „Vergessen“, und spielt auf Zeit, – bis zur nächsten gewalttätigen Konfrontation – und dann?

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr
Fotos: DPoIG Hamburg,
Frank Riebow, Sandra Vogel,
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH





Vorgestellt: Regina Lenders

Kommunikationstrainerin (AK 24)/Kandidatin für die Personalratswahl 2018

Regina Lenders trat am 1. April 1980 in den Polizeidienst ein. Während der Ausbildung an der Landespolizeischule (so nannte man damals die Akademie der Polizei) absolvierte sie ihr Praktikum an der Polizeiverwache 41 (PRW) im Vogteiweg. Diese Dienststelle wurde später das Polizeikommissariat 32. Nach der zweieinhalbjährigen Ausbildung war sie kurz in der Landesbereitschaftspolizei (FD 933). Danach fand sie ihre weitere Verwendung im Reviervollzug des PK 32. Während der dortigen Dienstzeit sammelte sie unter anderem Erfahrungen in der Sachbearbeitung des Ermittlungsdienstes und



© DPoIG Hamburg

> Regina Lenders

der Kleinkriminalität am KK 37. 1997 wechselte Regina an das PK 35 und wurde Verkehrsleh-

rerin für die allgemeinbildenden Schulen. Im Jahr 2000 hieß es dann „next stop“ PK 36 als Verkehrslehrerin im Elementarbereich.

Hier hatte sie die vorgezogene Dienstaufsicht und war in der Funktion der Obfrau Schnittstelle zwischen den Polizeiverkehrslehrern in der Fläche und der Verkehrsdirektion 6.

2012 erteilte Regina der Ruf an die Akademie der Polizei. Sie bekam eine zusätzliche Ausbildung zum Kommunikationstrainer und unterrichtet seitdem Schüler und Studenten in speziellen Seminaren und

wenn es die Personalstärke des Teams zulässt, werden weitere Seminare für die Kolleginnen und Kollegen in der Fortbildung angeboten. Reginas Interesse an aktiver Gewerkschaftsarbeit war von Beginn an vorhanden. Seit 1982 ist sie Mitglied der **DPoIG Hamburg** und seit ihrem Eintritt ist sie eine engagierte Vertrauensfrau an ihrer jeweiligen Dienststelle. Regina war Gleichstellungsbeauftragte und wurde auf dem letzten Landeskongress der **DPoIG Hamburg** zur Beisitzerin der AK gewählt und ist somit Mitglied im Landesdeshauptvorstand unserer Gewerkschaft.

Daniel Schmidt (LBP 24): Polizeisportler des Jahres 2017

Auf Einladung von Innensenator Andy Grote fanden sich zahlreiche Sportler Ende März im Hamburger Rathaus ein. Höhepunkt des Tages war die Ehrung zum Polizeisportler des Jahres 2017. Ausgezeichnet wurde Polizeiobermeister Daniel Schmidt von der Landesbereitschaftspolizei (LBP 24).

Der 26-Jährige ist ein absoluter Könnler des Trampolinturnens. Daniel konnte bisher 22 Deutsche Meistertitel erkämpfen. Er ist zweifacher Europameister und scheiterte nur knapp an den Qualifikationen für die Olympischen Spiele 2012 und 2016. Deshalb geht der Blick nach vorne: Olympia Tokio

> Innensenator Andy Grote überreichte Daniel Schmidt die Auszeichnung zum Sportler des Jahres 2017.



© Sandra Vogel / PÖA

> Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum 28. Februar 2018 in den Ruhestand gegangen:

Direktion Polizeikommissariate und Verkehr		
POK	Reinke, Jens	PK 38
PHK	Mentz, Thomas	PK 43
PHK	Wittke, Holger	PK 25

Folgende Kollegen sind zum 31. März 2018 in den Ruhestand gegangen:

Verkehrsdirektion		
PHK	Röhl, Jürgen	VD 21
Landesbereitschaftspolizei		
PHK	Schäfer, Wolfgang	LBP 012.1

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

2020 heißt Daniels ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel. Im November vergangenen Jahres wurde Daniel Schmidt in Sofia Fünfter bei der Weltmeisterschaft im Doppel-Mini-Tramp. Er war der einzige deutsche Teilnehmer, dem es gelang, die WM-Qualifikation zu erturnen und dann auch in das Finale zu kommen. Leider ist Daniels Lieblingsdisziplin Doppel-Mini-Tramp nicht olympisch, was zudem bedeutet, dass er keine Förderung des DOSB erhält,

sondern fast alle Kosten selber tragen muss. Daniel wurden das Trampolinturnen und der Polizeiberuf in die Wiege gelegt. Großvater war Polizist, Vater Olaf ist es immer noch (AK 26) und er war zudem 1986 Vizeweltmeister im Trampolin. Olaf Schmidt ist auch der Trainer seines Sohnes und wir drücken die Daumen, dass er seinen Daniel nach Tokio coacht. Herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung als Sportler des Jahres!



DPoIG  **Deinetwegen!**

PERSONALRATSWAHL 2018



Rechtsschutz

FREIE ANWALTSWAHL IST BEI UNS SELBST-VERSTÄNDLICH



DPoIG  **Deinetwegen!**



Rechtsschutz

OHNE WENN UND ABER

Unsere Leistungen (Auszug):

- Rechtsschutz mit freier Anwaltswahl
- Inklusive Wegeunfälle und mit kostenloser Beratung in allen zivilrechtlichen Angelegenheiten bei einer namhaften Anwaltskanzlei
- Dazu: Diensthaftpflicht- und Regresshaftpflichtversicherung

DPoIG Deinetwegen!

DPoIG Hamburg im DBB
 Holzdamm 18, 20099 Hamburg
 Tel. 040/25 40 26-0, Fax 040/25 40 26-10, dpolg@dpolg-hh.de
 www.dpolg-hh.de

PERSONALRATSWAHL 2018

DPoIG  **Deinetwegen!**

PERSONALRATSWAHL 2018




Freie Heilfürsorge

UNSERE GESUNDHEIT IST KEINE PRIVATSACHE



DPoIG  **Deinetwegen!**



Freie Heilfürsorge

OHNE WENN UND ABER

DPoIG Hamburg fordert:

- Die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge für alle Polizeibeamtinnen und -beamten!

Die Freie Heilfürsorge – die „Krankenkasse“ der Polizei – war ein Äquivalent des Dienstherrn aufgrund der besonderen gesundheitlichen Belastungen und potentiellen Gefährdungen des Polizeiberufes! Dieses besondere, berufsimmante Gesundheitsrisiko muss wieder vollständig vom Dienstherrn übernommen werden!

DPoIG Deinetwegen!

DPoIG Hamburg im DBB
 Holzdamm 18, 20099 Hamburg
 Tel. 040/25 40 26-0, Fax 040/25 40 26-10, dpolg@dpolg-hh.de
 www.dpolg-hh.de

PERSONALRATSWAHL 2018



Tagesseminare: Wissensvorsprung für DPoIG-Mitglieder

Von Beate Petrou,
Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung

Der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG Hamburg** bietet regelmäßig interessante Tagesseminare für seine Mitglieder an. Mitte März gab es ein Seminar speziell für die Vertrauensleute

ein Seminar für AiA und AiP stattgefunden. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten an den Polizeikommissariaten (PK), in der Verkehrsdirektion oder im Verkehrsordnungsdienst. Als



> Polizeivizepräsident Wolfgang Brand lobte das Engagement unserer Verwaltungskollegen.

im Verwaltungsbereich. Dort wurde noch mal der Unterschied zwischen Personalrat und Gewerkschaft aufgezeigt, aber auch die Schnittstellen der beiden Interessensvertretungen verdeutlicht. Unser stellvertretender Landesvorsitzender Freddi Lohse ließ es sich nicht nehmen, die Arbeit des Personalrates und die Möglichkeiten der Mitbestimmung detailliert zu erläutern. Des Weiteren war aber auch die Personalratswahl und ihre Bedeutung für unsere Gewerkschaft ein wichtiger Themenschwerpunkt. Mit einem großen Motivationschub und jeder Menge Input sind die Kolleginnen und Kollegen wieder an ihre Dienststellen gegangen. Information und das Aufzeigen von Lösungswegen sind wichtige Grundlagen für die Vertrauensleute unseres Fachbereiches und deshalb sind regelmäßige Seminare so wichtig. Einige Tage später hat dann

Gäste konnten wir den Leiter des Stabes der Schutzpolizei, LPD Morten Struve, und den Leiter Grundsatz der Personalabteilung, PD Andreas Klahn, begrüßen. Hier ging es um die Möglichkeiten, zusätzliche Aufgaben auszuführen, um einerseits den Vollzug zu entlasten und andererseits das Berufsbild „Angestellter im Polizeidienst“ auszubauen. Das Tragen der Waffe auch während des Verkehrsordnungsdienstes, das Besetzen der freien Stellen am PK, Fortbildung, Dienstsport, Hospitationen und mögliche neue Handlungsfelder am PK für Angestellte wurden gemeinsam diskutiert. Im Nachgang wurde



> Die Teilnehmer des Vertrauensleuteseminars.

beschlossen, dass der Fachbereichsvorstand Verwaltung der **DPoIG** gemeinsam mit den beiden verantwortlichen Referenten noch einmal das Wesentliche erörtert und ein mögliches weiteres Vorgehen bespricht. Auf jeden Fall wird das Ergebnis mit in die Arbeitsgruppe AiP einfließen. Ein weiteres Seminar richtete sich Anfang April dann an die Kolleginnen und Kollegen aus der klassischen Polizeiverwaltung. Bunt ge-

damit ganz wesentlich den Polizeivollzug unterstützt. Die engen Rahmenbedingungen der Personalentwicklung, die häufig den finanziellen Möglichkeiten, dem Stellengefüge in der Verwaltung, aber auch dem Fachkräftemangel geschuldet sind, wurden mit dem stellvertretenden Leiter der Personalabteilung (PERS 10), Andreas Klahn, erörtert. Auch hier wurde vereinbart, dass es zwischen dem Fachbereichsvorstand Ver-



> Immer im Gespräch: Stefan Diestel, Beate Petrou, LPD Morten Struve und PD Andreas Klahn (von links).

mischt, aus den Organisationseinheiten Verwaltung/Technik, Personalabteilung, Landeskriminalamt, Verkehrsdirektion und Wasserschutzpolizei platze der Seminarraum fast aus allen Nähten. Zunächst konnten wir Polizeivizepräsident Wolfgang Brand begrüßen, der deutlich machte, dass die Verwaltung ein wichtiger Teil der großen Polizeifamilie ist, hervorragende Arbeit leistet und

waltung und PERS 1 noch eine Nachbewertung geben wird und Pläne über das weitere Vorgehen diskutiert werden. Abschließend gab es noch einen Vortrag über den Stand und die Aussichten der Telearbeit bei der Polizei. Die Leiterin von PERS 20, Polizeioberrätin Julia Homburg, und Sven Munzel von PERS 23 waren zu dieser Thematik zu Gast in unserer Geschäftsstelle. ■



> Julia Homburg (PERS 20) und Sven Munzel (PERS 23) berichteten zur Telearbeit.



DPoIG  **Deinetwegen!**


PERSONALRATSWAHL 2018




Gemeinsam vollziehen und verwalten

VERANTWORTUNG ÜBERTRAGEN UND ENTLASTEN



DPoIG  **Deinetwegen!**



Gemeinsam vollziehen und verwalten

OHNE WENN UND ABER

DPoIG Hamburg fordert:

- Polizeivollzug von Verwaltungsaufgaben entlasten
- Das Berufsbild AIP weiterentwickeln
- Vollzugunterstützende Arbeitsplätze für die Verwaltung in der Polizei schaffen
- Perspektiven in der Verwaltung ausbauen

DPoIG Deinetwegen!

DPoIG Hamburg im DBB
 Holzdamn 18, 20099 Hamburg
 Tel. 040/25 40 26-0, Fax 040/25 40 26-10, dpolg@dpolg-hh.de
 www.dpolg-hh.de

PERSONALRATSWAHL 2018

DPoIG  **Deinetwegen!**

PERSONALRATSWAHL 2018



Vereinbarkeit von Familie und Beruf

MEHR TELEARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN



DPoIG  **Deinetwegen!**



Vereinbarkeit von Familie und Beruf

OHNE WENN UND ABER

DPoIG Hamburg fordert:

- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Flexible Arbeitszeiten im Bereich der Verwaltung
- Teilzeitarbeit – ohne Nachteile für Kollegen und Dienststelle
- Eine moderne Polizei muss ausreichend Telearbeitsplätze ermöglichen

DPoIG Deinetwegen!

DPoIG Hamburg im DBB
 Holzdamn 18, 20099 Hamburg
 Tel. 040/25 40 26-0, Fax 040/25 40 26-10, dpolg@dpolg-hh.de
 www.dpolg-hh.de

PERSONALRATSWAHL 2018



DPoIG: „Herzlich willkommen bei der Hamburger Polizei!“

„Meet and Greet – Deine Polizei, Deine Gewerkschaft“ – unter diesem Motto hat die JUNGE POLIZEI der **DPoIG Hamburg** Anfang April alle neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen zu einem ersten Kennenlernen eingeladen. Neben Grillwürsten und Getränken standen natürlich Gespräche zu ganz unterschiedlichen Themen im Vordergrund. Denn für Erstsemester ist alles neu und nichts selbstverständlich. Wie verläuft die Ausbildung? Wann geht's ins Praktikum? Welche Bücher brauche ich wirklich? Wie versichere ich mich richtig? Was genau macht die **Deutsche Polizeigewerkschaft**? Wozu brauche ich Rechtsschutz und vieles mehr. Die JUNGE POLIZEI und unsere Kooperationspartner BBBank, „die Bayerische“ und HUK hatten diverse Infotische

aufgebaut, die sowohl die unterschiedlichen Facetten der Gewerkschaftsarbeit präsentierten, Polizei zum Anfassen boten als auch Versicherungsfragen beantworteten. Insgesamt 86 Seiteneinsteiger (SCH/WSP) starteten am 1. April ihr Studium an der Akademie der Polizei. Zuvor waren bereits im Januar die sogenannte Soldatenklasse und im Februar Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärter eingestellt worden. Die JUNGE POLIZEI bedankt sich beim Landesvorstand, allen Fachbereichen der **DPoIG Hamburg** und unseren Kooperationspartnern BBBank, DebeKa, „die Bayerische“ und HUK für die tolle Unterstützung unseres „Meet and Greet“ und unabhängigen Versicherungstages!

JUNGE POLIZEI



© Frank Riebow (5)



Personal – Perso – Per – P ... --- ...

„Dem Hafen gehen die Polizisten aus“

Von Frank Riebow,
Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei

„Personalnot: Polizei kann Hunderte Streifenwagen nicht besetzen“, so titelte das „Hamburger Abendblatt“ am 22. März, und im Artikel hieß es dann weiter, überall Land unter, nur bei der Wasserschutzpolizei gebe es keine Personalprobleme. Da werden sich die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Wasserschutzpolizei von Cuxhaven bis nach Hamburg aber um den Hals gefallen sein – „alles nur Einbildung, uns geht's gut“. Geht es natürlich nicht, wer auch immer diese Botschaft verbreitet und in die Medien transportiert hat, – die Aussage ist schlichtweg falsch und noch nicht einmal eine „gefühlte“ Wahrheit. Am 11. April hieß es dann plötzlich im „Hamburger Abendblatt“ „Dem Hafen gehen die Polizisten aus“, eine Zeitung, ein Sachverhalt, zwei Bewertungen – nur diesmal war es richtig. **DPoIG**-Landesvorsitzender Joachim Lenders hatte die Richtigstellung vorgenommen und die „Falschaussage“ vom Kopf auf die Füße gestellt.

Das Nachwuchs- und Personalproblem der WSP ist lange bekannt

Am 25. Juli 2008 – vor fast zehn Jahren – erschien in der „WELT“ ein Artikel unter der Überschrift „Wasserschutzpolizei sendet Notsignale“, der Leiter der WSP, Bernd Spöntjes, beschrieb damals die Personalprobleme sehr eindringlich. „Mindestens 56 Beamte werden bis 2011, 96 Beamte bis 2015 aus dem Dienst ausscheiden. (...) Wir haben ein Nachwuchsproblem. Es gibt zu wenig deutsche Seeleute, um

genug qualifiziertes Personal zu bekommen. Ein nautisches oder technisches Patent sollten Bewerber haben. Davon rückte man ab. Es gab schon früher in Einzelfällen Ausnahmen. Jetzt ist die Ausnahme die Regel.“

Wer sehen wollte, sah, was da auf die Wasserschutzpolizei zurollt

Mittlerweile schreiben wir das Jahr 2018 und die Pensionierungswelle wird sich bis 2023/24 zu einem personellen Tsunami entwickeln. Dazu kommt, dass viele der bis dahin in den Ruhestand gehenden Kolleginnen und Kollegen nautische oder technische Patentinhaber sind, Führungsfunktionen innehaben und an Fachdienststellen tätig sind. Eine Menge Spezial- und Erfahrungswissen geht dann auch in Pension.

Ohne Personal ist alles nichts

Die Wasserschutzpolizei Hamburg hatte zum Stichtag 1. März dieses Jahres 532 Mitarbeiter (ohne Tarifbeschäftigte), davon verrichten 55 Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst außerhalb des Organisationsbereiches WSP (zum Beispiel in der AK, IT, Pers, SP). 21 Polizeimeisteranwärter und 17 Polizeikommissarsanwärter befinden sich in der Ausbildung. 116 Kolleginnen und Kollegen sind aktuell in den Statusämtern A 7, A 8 und A 9 mittlerer Dienst. Warum es bei diesen Zahlen nicht schon längst ein klares Signal für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Wasser-



© DPoIG Hamburg

schutzpolizei gibt, bleibt die regelmäßig unbeantwortete Frage während der Personalversammlungen vergangener Jahre.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf, es gibt dringenden Handlungsbedarf

Da 30-jährige Seeleute mit fünfzehnjähriger Berufserfahrung, gerne auch Kap Hornier und mit ausgefahrenen Großpatenten gerade nicht zur Verfügung stehen: Völlige Freigabe des Laufbahnabschnitts I für alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber. Wer möchte, kann sich für die Was-

erschutzpolizei bewerben, das „Sortieren“ übernimmt dann die WSP. Wer „etwas mitbringt“ wird nach der Laufbahnprüfung I Polizeiobermeister. Für den gehobenen Dienst sollte es weiterhin besondere Einstellungs Voraussetzungen geben, aber auch hier sollte gelten, wer entsprechende Patente mitbringt, wird nach der Laufbahnprüfung zum Polizeioberkommissar ernannt (analog Schleswig-Holstein). Das wären nach unserer Auffassung unter anderem erste, geeignete Schritte, um die Personalsituation zu verbessern. Wir bleiben am Ball!

Dem Hafen gehen die Polizisten aus

„Es ist längst überfällig, dass dieses Problem auf den Tisch kommt“, sagt Joachim Lenders, Landesvorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft**. „Man muss sich darüber klar werden, dass man Bewerbern, von denen man eine vorpolizeiliche Qualifikation verlangt, einen zusätzlichen Anreiz geben muss. Lenders würde eine schnellere Beförderung von Wasserschutzpolizisten als einen ersten Schritt sehen. „Das löst nicht alle Probleme, wäre aber richtungsweisend. Auf längere Sicht muss man sich darüber klar sein, dass man, wenn man Spezialisten will, sie auch wie Spezialisten bezahlen muss.“



© DPoIG Hamburg

> Joachim Lenders

Quelle: „Hamburger Abendblatt“, 11. April 2018, „Dem Hafen gehen die Polizisten aus“, A. Zand-Vakili

„Polizeiarbeit verdient vor allem eines: Respekt“

Der Strafverteidiger Holm Putzke, Professor für Strafrecht an der Universität Passau, hat sich in einem Interview mit dem Neubrandenburger „Nordkurier“ unter anderem über Gewalt gegen Polizeibeamte und den Berufsalltag von Polizisten geäußert.

(Auszug)

? *In Neubrandenburg hat ein Polizist kürzlich einen mutmaßlichen Einbrecher auf frischer Tat angeschossen. Der Mann starb an den Folgen seiner Verletzungen und der Beamte muss sich nun im Rahmen eines Verfahrens rechtfertigen. Ist diese Vorgehensweise üblich? Oder anders gefragt: Wie reagiert der Staat, wenn Polizisten im Dienst jemanden schädigen, ohne dass ihr Verhalten offensichtlich rechtswidrig war?*

Um zu beurteilen, ob Polizisten sich bei einem Einsatz korrekt verhalten haben, muss man sich das Geschehen natürlich genau anschauen. Das Problem dabei ist, dass bei einer Schädigung anderer Personen in der Regel auch ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, manchmal sogar parallel ein beamtenrechtliches Disziplinarverfahren. Erst wenn ein Verhalten sich als korrekt erweist, werden die Ermittlungen eingestellt.

? *Und warum ist das ein Problem?*

Weil Polizisten dann sofort als verdächtig gelten, sich strafbar gemacht oder ein Dienstvergehen begangen zu haben. Sie sind in diesem Moment strafprozessual gesehen Beschul-

digte. Natürlich gilt – wie bei jedem anderen Beschuldigten auch – die Unschuldsvermutung. Aber es ist schon ein Unterschied, ob wir das Verhalten von jemandem betrachten, der als Privatperson unterwegs ist, oder von einem Beamten, der in seinem Dienst für unsere Sicherheit sorgt.

? *Manche würden sagen, dass man in letzterem Fall noch viel genauer hinsehen muss.*

Ich sehe das differenzierter und aus einem etwas anderen Blickwinkel. Keineswegs befürworte ich, bei Polizisten ein Auge zuzudrücken. Ich halte auch nichts davon, sich obrigkeitshörig alles gefallen zu lassen und widerspruchslos hinzunehmen. Aber es ist fatal, wenn wir die Arbeit unserer Polizisten mit einem Generalverdacht versehen und ihnen mit generellem Misstrauen begegnen. Wir dürfen nämlich nicht aus den Augen verlieren, was Polizisten leisten und welche Anforderungen sie bewältigen müssen: Sie setzen sich bei ihrer Arbeit oft gesundheitlichen Risiken aus und manchmal geraten sie sogar in Lebensgefahr. Sie müssen in brenzligen Situationen den Überblick behalten, sollen niemanden verletzen, lückenlos für unsere Sicherheit sorgen sowie uns und unser Eigentum vor Gefahren und Kriminellen schützen. Und bei alledem sollen sie auch noch möglichst nett und freundlich sein.

Wenn dann im Dienst mal was schiefgeht und wir sie als Gesellschaft deshalb wie mutmaßliche Straftäter behandeln, ist das nicht richtig und ein verheerendes Signal.

? *Wie fühlen sich Polizisten, wenn sie plötzlich wegen eines Einsatzgeschehens selbst wie Täter behandelt werden?*

Ganz sicher nicht gut, das ist doch klar. Man muss sich nur einmal vor Augen führen, wie es ist, wenn man in einem nicht gerade üppig bezahlten Beruf mit partner- und familienunfreundlichen Arbeitszeiten tagtäglich für andere den Kopf hinhält und dann auch noch mit spürbaren Nachteilen rechnen muss. Zum Beispiel mit strafrechtlichen Ermittlungen und damit zusammenhängend vielleicht auch einem temporären Beförderungsstopp, wenn im Dienst einmal etwas passiert. Was würden Sie beim nächsten Einsatz wohl machen? Sich genauso entschlossen ins Getümmel werfen, um für Recht und Ordnung zu sorgen, oder lieber einen Gang runterschalten, vielleicht auch einfach mal nicht so genau hinschauen? Wer die Polizei immer nur kritisiert und ihr vom Grunde her nicht den Rücken stärkt, der muss sich nicht wundern, wenn darunter Motivation und Einsatzbereitschaft leiden. Polizeiarbeit verdient vor allem eines: Respekt.

? *Wie geht Ihrer Einschätzung nach die Politik mit Polizeiarbeit um?*

Das hängt ganz vom Bundesland und der politischen Führung ab. Nach meiner Beobachtung haben die Grünen zur Polizei seit jeher eher ein gestörtes Verhältnis. Das ist kein Wunder, denn so mancher heute graue Grünenpolitiker war

einstmals strammer Steinewerfer.

Und dass Linke Polizisten lieber in den Rücken fallen als sie zu unterstützen, sieht man allein daran, mit welchem Vergnügen linke Randalierer etwa bei den G20-Gewaltexzessen in Hamburg, den Krawallen zum 1. Mai in Hannover oder bei sonstigen Antifa-Gewaltakten Leib und Leben von Polizisten gefährden. Kritik von der politischen Linken? Fehlanzeige.

? *Was bewirkt ein solches Verhalten und welche regionalen Unterschiede in Deutschland sind das, von denen Sie sprechen?*

Wer die Arbeit von Polizisten nicht respektiert und wertschätzt, sondern schlechtredet und Misstrauen schürt, schädigt unsere Demokratie und ist zugleich verantwortlich dafür, wenn das Vertrauen in staatliche Institutionen erodiert und darunter das Sicherheitsgefühl leidet.

Bayern zum Beispiel beweist, dass es auch anders geht. Dort wird man nicht erleben, dass die Regierungspartei der Polizei in den Rücken fällt oder öffentlich ein Polizei-Bashing betreibt, wenn in einem Einsatz mal etwas schiefläuft. Das heißt aber keineswegs, dass schwarze Schafe dort nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist selbstverständlich.

Das vollständige, sehr lesenswerte Interview ist online abrufbar: www.nordkurier.de/neubrandenburg/polizeiarbeit-verdient-vor-allem-eines-respekt-1531511503.html

Die Redaktion des POLIZEISPIEGEL bedankt sich beim „Nordkurier“ für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.